

S. 1 A

**Ausschuß für Schule
und Weiterbildung**

Protokoll

7. Sitzung (nicht öffentlich)

20. Februar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Frey (SPD)

Stenograph/-in: Scheidel, Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Haushaltsgesetz 1991

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 05 - Kultusminister
Vorlage 11/263
Kapitel 05 300 Fortsetzung

in Verbindung damit:

§ 21 Gemeindefinanzierungsgesetz 1991

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/802

und

S. 2 A

Ausschuß für Schule und
Weiterbildung
7. Sitzung

20.02.1991
sd-sz

Seite

**Auf Kernaufgaben der Landespolitik konzentrieren
- Vorrang für Bildung und Wissenschaft -**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/805

und

Maßnahmen gegen den Lehrer-/innen-Mangel

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/806

und

SOS - Sonderschulen und Grundschulen in Not!

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/807

1

Der Ausschuß erörtert verschiedene Kapitel des Einzelplans 05.

Beschlüsse werden noch nicht gefaßt.

**2 Bestandsaufnahme über die Praxis der Ermittlung des Personal-
bedarfs in der Landesverwaltung
- Ermittlung des Lehrerbedarfs -**

Unterrichtung gem. § 99 LHO
Vorlage 11/103

26

Nach lebhafter Diskussion kommt der Schulausschuß einstimmig
darin überein, dem Votum des Ausschusses für Haushaltskon-

S. 3 WA

Ausschuß für Schule und
Weiterbildung
7. Sitzung

20.02.1991
sd-sz

Seite

trolle beizutreten und dem Vorschlag von Herrn Reichel zu folgen, die Landesregierung aufzufordern, Modellrechnungen vorzulegen, welche Auswirkungen die Veränderungen der im Prüfbericht enthaltenen politischen Parameter (insbesondere auf Seite 23) auf die Berechnung des Lehrerbedarfs in Nordrhein-Westfalen haben - vergleiche Vorlage 11/363.

3 Organisationsuntersuchung im Bereich des Kultusministeriums zur Personalbewirtschaftung, Organisation von Schulverwaltung und Schulaufsicht, Kommunalisierung der Stellen- und Personalbewirtschaftung, ADV-Unterstützung, Lehrerbedarfsermittlung und Lehrerbedarfsdeckung

Vorlagen 11/44, 11/139, 11/165, 11/168 und 11/325

38

- Aussprache

4 Integration behinderter Schülerinnen und Schüler in die Regelschule

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/324

43

Von allen Fraktionen werden die Integrationsversuche als Erfolg gewertet.

S. 4 A

**Ausschuß für Schule und
Weiterbildung
7. Sitzung**

**20.02.1991
sd-sz**

Seite

Besonderen Schwerpunkt der Diskussion bildet die Frage, inwieweit Integrationsklassen nach Klasse 4 weitergeführt werden können.

Der Vertreter des Kultusministeriums weist darauf hin, daß die Versuche zum Schuljahresbeginn 1991/92 ausliefen und bis dahin weitere Entscheidungen getroffen werden müßten.

Ausschuß für Schule
und Weiterbildung
7. Sitzung

20.02.1991
sd-sz

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) kommt auf ein Schüler- und Jugendtheater in Leverkusen zu sprechen. Dafür seien 1,5 Stellen gestrichen worden. Sie frage, wo die Freistellung von Lehrern für solch einen Zweck im Haushalt geregelt werden müsse.

Nach der Kritik des Landesrechnungshofs, daß Lehrer für viele nichtunterrichtliche Tätigkeiten ohne Etatisierung eingesetzt würden, habe das Kultusministerium damit begonnen, die Lehrer wieder ihrem eigentlichen Zweck zuzuführen, führt **Staatssekretär Dr. Besch (KM)** aus.

Im Haushaltsjahr 1992 sollten nur noch etatisierte Fachberater in solchen Bereichen tätig werden.

Sodann ruft der **Vorsitzende** das Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 Drucksache 11/802 auf.

Oberregierungsrat Lischinski (Innenministerium) beantwortet die Fragen der CDU-Fraktion zum Schulbauprogramm, die in Vorlage 11/356 auf Seite 29 aufgeführt sind. Die Investitionen für Gesamtschulen aus Schulbaumitteln betragen für 1989 59,1 Millionen DM, für 1990 100,4 Millionen DM. Für 1991 hätten die Regierungspräsidenten für Gesamtschulen ein Betrag von insgesamt 35,1 Millionen DM angemeldet. Darunter fielen 8 Millionen DM für geprüfte Anträge und rund 27,1 Millionen DM für noch nicht abschließend geprüfte Anträge.

Wenn der Haushaltsentwurf einen Spielraum für 30 Neuerrichtungen von Gesamtschulen enthalte, fragt **Abgeordneter Reichel (F.D.P.)**, wieviel Gebäude denn für Gesamtschulen neu errichtet werden könnten.

ORR Lischinski (IM) macht darauf aufmerksam, er könne die Frage nicht beantworten, da den Regierungspräsidenten die Schulbaumittel entsprechend dem von ihnen angemeldeten Gesamtbedarf projektbezogen zur Verfügung gestellt würden. Hier müsse bei den Regierungspräsidenten nachgefragt werden.

Ausschuß für Schule
und Weiterbildung
7. Sitzung

20.02.1991
sd-sz

Anmerkung des Protokolls: Die die Schulbauförderung betreffenden Fragen sind inzwischen mit Vorlage 11/503 beantwortet worden.

Abgeordneter Reul (CDU) fragt, ob in den von Herrn Lischinski genannten Summen alle Mittel, die in irgendeiner Form baulicher Art Gesamtschulen betreffen, enthalten seien, da Schulzentren eventuell auch an anderer Haushaltsstelle abgerechnet würden. - Die Zahlen betreffen die Gesamtschulen, wobei nicht zwischen Schulzentren und Gesamtschulen differenziert worden sei, antwortet **MR Thünken (KM)**.

Abgeordnete Philipp (CDU) bittet um eine Aufstellung der Schulbaumittel für Gesamtschulen und Schulzentren in den letzten zehn Jahren. Dieser Bitte kommt das Innenministerium am 3. April 1991 mit Vorlage 11/503 nach.

Auf die Frage der **Abgeordneten Schumann (GRÜNE)**, welche Schulbaumittel für die Einrichtung von Schule und Kinderhaus bzw. für die Umwandlung von normalen Schulen in Ganztagschulen zur Verfügung stünden, gibt **ORR Lischinski (IM)** an, er sei überfragt, ob die Regierungspräsidenten über so differenzierte Erkenntnisse verfügten. Das müsse abgefragt werden.

Abgeordneter Reul (CDU) kommt auf die Ausführungen des Kultusministeriums in Vorlage 11/356, Seite 27 zum Bedarf nach Silentien zu sprechen, in denen deutlich werde, daß es einen sukzessiven Rückschritt bei der Bezuschussung von Silentien gebe. Das bedeute, daß neben der Ganztagschule zusätzliche Betreuungsangebote außerhalb der Schulzeit immer weniger gefördert würden. Das verstehe er um so weniger, als hier mit relativ begrenzten Mitteln ein immer größer werdender Bedarf gedeckt werden könnte.

Sodann erkundigt sich Herr Reul nach den Bereichen, in denen die Landesregierung Einsparungen vornehmen wolle. Minister Schleußer erkläre ja permanent in der Öffentlichkeit, daß er vor allem beim Personal sparen wolle. Es wäre sehr sinnvoll, wenn auch der Schulausschuß darüber mehr erfahren würde.